SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50
fax 0221. 221 246 57
mail fraktion@koelnspd.de
web www.koelnspd.de

An den
Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt und Grün
Herrn Rafael Struwe

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 11.09.2017

AN/1279/2017

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Umwelt und Grün	14.09.2017

Ergebnisse des zweiten „Dieselgipfels„ in Berlin
Konsequenzen und Maßnahmen für Köln

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Struwe,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

wir bitten Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün am 14.09.2017 aufzunehmen:

Am 04. September hat in Berlin der 2. „Dieselgipfel" stattgefunden, an dem Vertreter von rund 30 betroffenen Kommunen, unter anderem auch die Kölner Oberbürgermeisterin, teilgenommen haben. In einem Tagesthemen-Interview wurde Frau Reker zu den Ergebnissen des Gipfels und den Auswirkungen für Köln befragt. Sie machte dort deutlich, dass Sie es für möglich halte, die drohenden Fahrverbote zu vermeiden.
In einer unmittelbar nach dem Dieselgipfel veröffentlichten städtischen Pressemitteilung äußerte die Oberbürgermeisterin dagegen: „Ohne eine größere Anstrengung der Automobilindustrie werden wir Fahrverbote durch Gerichtsurteile wahrscheinlich nicht abwenden können".
„Es sieht so aus, dass eine wirksame Unterschreitung der Grenzwerte für Stickoxid kurzfristig ohne Fahrverbote nicht zu erreichen sein wird", wird auch Umweltdezernent Rau im KStA am 28.07.2017 zitiert.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Äußerungen der Oberbürgermeisterin und des Umweltdezernenten in den vergangenen Monaten und auch aktuell z.B. mit dem angesprochenen Interview nicht erkennen lassen, ob Köln sehenden Auges auf Fahrverbote zusteuert oder durch entschlossene Umsetzung von Maßnahmen noch aus eigener Kraft die Einhaltung der

Grenzwerte sicherstellen kann. Die Presse titelte bereits vom „Schlingerkurs zum Fahrverbot" (Kölnische Rundschau vom 06.09.2017).

Die Gesundheit der Kölner Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Situation der vielen mittelständischen, kleinen Unternehmen und Handwerksbetriebe in Köln erfordern jetzt endlich ein konsequentes und wirkungsvolles Handeln. Fahrverbote, die Betriebe in ihrer Existenz gefährden und eine nachhaltige Schädigung des Wirtschaftsstandortes Köln bedeuten können, müssen vermieden werden. Daher sind Maßnahmen zur Luftreinhaltung, die seit Langem diskutiert werden und mit dem Luftreinhalteplan seit 2012 auf dem Tisch liegen, unverzüglich umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Maßnahmen ergreift die Verwaltung bis wann, um die notwendige Unterschreitung der Grenzwerte kurzfristig zu erreichen und so die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner wirksam zu schützen ? Wird die Einführung eines Dieselfahrverbotes zu den Maßnahmen gehören? Wann wird das vom Rat im April 2017 beauftragte Gesamtkonzept mit Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung vorgelegt?

2. Welche Maßnahmen wird die Verwaltung vorschlagen, um Mittel aus dem Bundesfonds „Nachhaltige Mobilität" zu erhalten? Von welchem Investitionsvolumen für die Umsetzung geht die Verwaltung aus und gibt es Erkenntnisse, in welchem Umfang Köln von den Bundesmitteln profitieren wird?

3. Wann wird die Verwaltung über den Sachstand zum „Runden Tisch Luftreinhaltung" berichten, nachdem eine entsprechende Mitteilung in der Beratungsfolge vor der Sommerpause als noch nicht abschließend abgestimmt kurzfristig zurückgezogen wurde?

Wir bitten, die Beantwortung der Anfrage auch den Ausschüssen Gesundheit, Verkehr und Wirtschaft zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin